



# NEUESTE NACHRICHTEN

Donnerstag, 26. August 2010

Badische Presse

65. Jahrgang · Nr. 196 · Ausgabe Karlsruhe

## Hippler weist UStA-Kritik zurück

**Karlsruhe** (kam). Hat sich der Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), Horst Hippler, mit der Unterzeichnung des „Energiepolitischen Appells“ vor den Karren der Atomlobby spannen lassen? Diesen Vorwurf erhebt der Unabhängige Studierenden-ausschuss (UStA) des KIT. Mit seiner Unterschrift habe Hippler „sich und den Namen des KIT verkauft“, kritisiert der Vorsitzende der Studentenvertretung, Anselm Laube. Der KIT-Chef wies die Kritik zurück. Deutschland könne sich ein fehlendes Energiekonzept nicht leisten, verteidigte er seinen Namenszug unter den Appell. (Siehe Südwestecho.)

Donnerstag, 26. August 2010

SÜDWESTECHO

Ausgabe Nr. 196 – Seite 6

## Studenten kritisieren Hippler

### Energiepolitischer Appell: KIT-Chef weist Vorwürfe zurück

Von unserem Redaktionsmitglied  
Bernd Kamleitner

**Karlsruhe.** Der bundespolitische Streit um die Energiepolitik der Zukunft hat auch das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) erfasst. Mit heftiger Kritik kommentiert der Unabhängige Studierendenausschuss (UStA) die Unterzeichnung des „Energiepolitischen Appells“, eine bundesweite Anzeigenkampagne zur Energiepolitik, durch den KIT-Präsidenten Horst Hippler. „Mit den Äußerungen von Professor Hippler wird in der Diskussion um die Kommerzialisierung von Lehre und Forschung eine neue Stufe erreicht“, sagte UStA-Vorsitzender Anselm Laube. Insbesondere Konzerne wie die Energie Baden-Württemberg (EnBW), aber auch BASF und Daimler beeinflussten „in starkem Maße die Forschung am KIT“. Dagegen habe das KIT etwa die Entwicklung bei der Fotovoltaik „bisher vollständig verschlafen“.

Im „Energiepolitischen Appell“ hatten neben Hippler insgesamt 40 hochrangige Wirtschaftsvertreter wie Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann, EnBW-Chef Hans-Peter Villis und die Vorsitzenden der führenden Energie-

konzerne sowie Oliver Bierhoff, Manager der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft, Forderungen zum energiepolitischen Konzept formuliert, das Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Herbst vorlegen will. Dazu gehört auch die Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken. Auf ihrer Energie-Inforeise durch das Land wird die Kanzlerin an diesem Freitag das Wasserkraftwerk Rheinfelden besuchen. Dort investiert die EnBW rund 400 Millionen Euro.

### Kanzlerin besucht am Freitag EnBW-Kraftwerk Rheinfelden

Gegenüber den BNN wies Hippler die UStA-Vorwürfe zurück. Er habe den Appell unterschrieben, weil in Deutschland mittelfristig ein Energiekonzept fehle. „Träume, alles mit erneuerbaren Energien zu machen, kann man haben, man braucht dazu aber ein Konzept“, sagte der KIT-Chef. Das Institut für Technologie sei bei der Forschung erneuerbarer und nachhaltiger Energien „gut aufgestellt“. Bei den Drittmitteln, die das KIT für Projekte einwerbe, kämen unter zehn Prozent aus der Wirtschaft. Von einer Kommerzialisierung von Lehre und Forschung sei man „weit entfernt“. Das KIT entstand aus der Fusion der Universität und dem Forschungszentrum, das aus dem Kernforschungszentrum hervorgegangen ist.